

Revolutionen, Zäsuren und gesellschaftliche Umwälzungen im 19. und 20. Jahrhundert in Nordwestdeutschland

Veranstalter: Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen

Datum, Ort: 01.06.2018–02.06.2018, Wolfenbüttel

Bericht von: Marius Lahme / Ecem Temurtürkan, Institut für Didaktik der Demokratie, Universität Hannover

Die diesjährige Tagung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen lud zu einem intensiven wissenschaftlichen Austausch über die gesellschaftlichen Folgen und Wirkungen von Revolutionen im 19. und 20. Jahrhundert ein. Der passende Rahmen wurde durch den Tagungsort im Schloss Wolfenbüttel gewährleistet.

Der grundlegende Einführungsvortrag von MARTIN SABROW (Potsdam) bot einen begriffstheoretischen und historisch-politischen Überblick zum behandelten Themenkomplex. Sabrow konzentrierte sich zunächst auf die Revolutionsterminologie. Der analytische Blickwinkel auf den Umsturz bestehender Ordnungen außerhalb ihrer geltenden Rechtsnormen sowie der Aspekt der gewaltlosen, aber dennoch forcierten Legitimationsgrundlage bildeten dabei das theoretische Fundament von Sabrows Ausführungen. Spezifiziert anhand von fünf ausgewählten Umbruchsjahren, berücksichtigte er diese im Rahmen eines ereignisgeschichtlichen Blocks, eines rezeptionsgeschichtlichen Komplexes sowie mit Blick auf die geschichtskulturellen Leitnormen der Gegenwart.

Dass die öffentliche Wahrnehmung einer Revolution in einem direkten Verhältnis zu deren Etikettierung stehe, konkretisierte Sabrow am Beispiel der nationalsozialistischen Machtergreifung. Die Charakterisierung als ‚Gegenrevolution‘ führte er auf die öffentliche Negation nationalrevolutionärer Züge zurück. Unter Bezug auf die bundesrepublikanische Wertung der Kapitulation von 1945 verdeutlichte Sabrow, dass terminologische Zugänge in einer Wechselwirkung zur öffentlichen Urteilsskala stehen und Systemtransformationen eine subjektive Note verleihen kön-

nen. Anhand der Bewertung der Novemberrevolution von 1918 als ‚verschämter Revolution‘ verwies er darüber hinaus auf die erinnerungsgeschichtliche Marginalisierung einer Umbruchsituation, deren eingeschränkte positive Öffentlichkeitswahrnehmung sich in der Bezeichnung als ‚vergessene Revolution‘ ausdrücke.

Seiner zentralen These, die an das erinnerungsgeschichtliche Feld anknüpfte und eine Revolutionsscheu im historischen Denken der Bundesrepublik beschrieb, stellte Sabrow die gegenwärtige Wirkmacht medialer Informationsträger entgegen und sprach in diesem Rahmen von einer kurzzeitigen Reimplementierung von ‚fehlgeleiteten Revolutionen‘ in das öffentliche Bewusstsein. Nicht zuletzt werde im Kontext der erinnerungskulturellen Verankerung die Relevanz des Umgangs mit Revolutionen für zukünftige politische Systeme und ihrer Verantwortung verdeutlicht, wobei auch traditionelle Kontinuitätslinien einer scharfen Kritik Sabrows unterzogen wurden.

JÖRG H. LAMPE (Göttingen) verglich in dem Vortrag die unterschiedlichen politischen Ereignisse im nordwestdeutschen Raum im Zeitraum der Revolutionen von 1830 und 1848/49. Von einer Revolution im Sinne einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaftsordnung könne im untersuchten Zeitraum alleine in Braunschweig im Jahr 1830 gesprochen werden. Nachdem Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit Ernteauffällen ausblieben, kam es zum gewaltsamen Sturz Herzog Karls II. sowie anschließend zu Verfassungsreformen. Im Königreich Hannover traten zunächst lediglich in Göttingen und Osterode Akteure hervor, deren radikale Forderungen jedoch insbesondere auf Landesebene nicht mehrheitsfähig waren. Sie können jedoch als Auslöser für eine regelrechte Petitionswelle gesehen werden, an die sich das Staatsgrundgesetz von 1833 sowie eine modernisierte Agrarpolitik anschlossen. Im direkten Vergleich mit 1830 stellte Lampe für die Ereignisse von 1848/49 fest, dass die zeitlichen Abstände zwischen dem Eintreffen der Berichte aus Paris beziehungsweise Berlin sowie den Reaktionen vor Ort wesentlich kürzer ausfielen. Lampe führte dies nicht allein auf die schnellere Informations-

verbreitung durch die Eisenbahn zurück, sondern hob auch die Bedeutung einer wachsenden Arbeiter- und Handwerkerschaft als politischem Akteur sowie die gestiegene politische Kenntnis durch Massenmedien wie Bücher und Zeitschriften hervor. Dieses theoretisch höhere revolutionäre Potential sei erheblich durch den Konflikt zwischen demokratischen und liberal-konservativen Kräften geschmälert worden, sodass sich die Märzforderungen trotz regional unterschiedlicher Ausprägungen oft nicht gegen einen Staat mit höherem Organisationsgrad dauerhaft durchsetzen konnten – einen Staat, der zudem aus dem Jahr 1830 gelernt hatte. Lampe summierete, dass die Revolution als Ereignis die Ausnahme darstellte, nicht zuletzt die Möglichkeit und Drohkulisse einer solchen jedoch zu erheblichen Veränderungen führen konnte.

HANS-ULRICH LUDEWIG (Braunschweig) thematisierte in seinem Vortrag zunächst die geringe Verankerung des Umbruchs im historischen Bewusstsein der Bundesrepublik. Zur Beantwortung der Frage, an welchen Kriterien ‚radikales‘ Verhalten sowie ‚gemäßigte‘ Handlungsmuster abgeleitet und einer differenzierten Betrachtung unterzogen werden können, setzte Ludewig die Veränderungsprozesse in Relation zu der bereits von Sabrow für relevant befundenen Öffentlichkeitswahrnehmung. Dazu arbeitete er die Radikalitätswahrnehmung am Beispiel des Wolfenbütteler Presseechos heraus. Um in diesem Zusammenhang auch die tiefgreifenden, irreversiblen Effekte der Novemberrevolution im nordwestlichen Raum Deutschlands multiperspektivisch näher zu beleuchten, griff Ludewig methodisch auf einen vergleichenden regionalen Ansatz zurück und erweiterte seinen auf die spezifischen Ereignisse in Braunschweig gerichteten Fokus um die räumliche Komponente. Auf der Akteursebene geriet die zunehmende politische Präsenz der Arbeiter sowie die Bildung von Räte-Systemen in das Blickfeld der Betrachtungen, um nicht zuletzt auf Basis der Dominanz unterschiedlicher politischer Pole die Frage nach der Radikalität erneut aufzugreifen. Auf dieser Grundlage analysierte Ludewig die unterschiedlichen regionalen Folgewirkungen der Revolution nicht nur unter besonderer

Berücksichtigung entsprechender kultureller Rahmenbedingungen, sondern verdeutlichte auf Basis der unterschiedlichen Verhältnisse die Wirkmacht von lokalen politischen Amtsträgern, deren Entscheidungsprozesse und Machtbefugnisse in Abhängigkeit von den Umwälzungen auf der Makroebene weitere Umbrüche im städtischen Raum katalysierten. Auch hier seien die Dynamiken und Wahlprozesse einzelner Städte näher in das analytische Blickfeld der Betrachtungen zu nehmen. Die transregionalen Einflüsse und Verflechtungsprozesse seien dabei laut Ludewig ebenso zu berücksichtigen, um die politischen und sozialen Folgewirkungen der Novemberrevolution in ihrer Gänze begreifen sowie die regionalen Umbrüche einem ‚gemäßigten‘ oder ‚radikalen‘ Charakter zuordnen zu können.

BRAGE BEI DER WIEDEN (Wolfenbüttel) befasste sich in dem öffentlichen Abendvortrag mit der Frage, warum sich die revolutionären Ereignisse von 1918 in Wolfenbüttel eher in Form einer besonnenen Umwälzung statt eines revolutionären Umbruchs niederschlugen. Faktoren wie die Größe von ca. 20.000 Einwohnern im Jahr 1905, das Fehlen großer Industriebetriebe samt zugehöriger Arbeiterschaft sowie das ausgeprägte Beamtentum hemmten die Entwicklung der Stadt hin zu einem revolutionären Ort. An dessen Stelle zeichnete Bei der Wieden das Bild einer idyllischen Kreisstadt, deren breites Bildungsangebot und ausgeprägtes Vereinswesen vielfältige Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe boten. Insbesondere die zahlreichen Vereine übernahmen in doppelter Hinsicht eine gesellschaftlich stabilisierende Funktion. Zum einen konstruierten Vereine einen sozialen Raum, in denen sich gemeinschaftliche Wertvorstellungen sowie Ziele formulierten. Soziale Praxen wie Rituale, regelmäßige Wettkämpfe oder Veranstaltungen schufen zum anderen Anschlussmöglichkeiten an das gesellschaftliche Leben und wirkten darüber sozial ausgleichend. Gleichwohl auch für Wolfenbüttel der Befund einer segmentierten, hierarchisierten Stadtgesellschaft zutreffe, argumentierte Bei der Wieden überzeugend, dass vor allem soziokulturelle Faktoren ein Auseinanderfallen der Stadtgesellschaft Wolfenbüttels zu Beginn des 20. Jahr-

hundreds verhinderten.

Einen zentralen Stellenwert nahmen im Rahmen von DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANNs (HANNOVER) Vortrag die gegenwärtigen Herausforderungen demokratischer Systeme und pluralistischer Gesellschaften ein, die in Relation zu den Zäsuren und Umbruchsvorgängen des Jahres 1933 gesetzt wurden. Der besagte zeitliche Rahmen, der von Schmiechen-Ackermann als prägnanter Einschnitt charakterisiert wurde, stellte den Ausgangspunkt für die Verdeutlichung der Folgewirkungen der totalitären NS-Bewegung für die demokratische Kultur sowie das traditionelle Parteiensystem dar. Die Ausführungen Schmiechen-Ackermanns basierten auf Ansätzen der empirischen Wahlforschung sowie auf quantitativen Datenerhebungen. Ziel war es, auf dieser methodischen Grundlage nicht zuletzt gesellschaftliche Angstsituationen, Instabilitäten und das entsprechende Infragestellen traditioneller Gewissheiten identifizieren zu können. So untersuchte Schmiechen-Ackermann auf Basis der Annahmen des Wahlforschers Falter nicht nur die soziale Zusammensetzung von Hitlers Wählern und definierte die NSDAP als eine Volkspartei des Protestes, die durch einen schichten- und konfessionsübergreifenden Charakter geprägte worden sei. Er bezog sich auch auf den Soziologen Lipset, um zu veranschaulichen, dass in jeder Gesellschaftsschicht extreme politische Tendenzen existent sind und insbesondere kleindimensionale Gruppierungen der Anziehungskraft extremer Bewegungen unterlägen. Die Verachtung für die parlamentarische Demokratie sei dabei insbesondere als das Ventil des Mittelstandes zu deuten und aus einer politischen Orientierungskrise heraus zu begreifen.

Schmiechen-Ackermann negierte die Frage, ob nationalsozialistische Tendenzen in Niedersachsen in diesem Zusammenhang aus der Mitte der Gesellschaft entstanden, und verwies auf die starke Verwurzelung der NS-Aktivisten im völkischen Milieu, die propagandistische Ansprache der ländlichen Bevölkerung sowie den entsprechenden Einbruch in sämtliche Schichten. Der plakative Terminus ‚Mitte‘ sei dabei nicht als statisches Modell zu verstehen, sondern müsse als medien-

affine Leitformel vielmehr aus dem Begriffswandel sowie entsprechenden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen heraus begriffen werden. So seien auch ‚Milieus‘ im Dritten Reich sowie in der Weimarer Republik leichter identifizierbar gewesen, wodurch Schmiechen-Ackermann nicht zuletzt daran appellierte, den Wandel der Demokratiegeschichte zu reflektieren sowie die Beteiligung neuer Gruppierungen an der Politik zu berücksichtigen, um auf individuellen Angstreaktionen basierendes Wahlverhalten näher untersuchen zu können.

CHRISTINE SCHOENMAKERS (Berlin) betonte in ihrem Vortrag, dass die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ kein genuin nationalsozialistisches Konzept gewesen sei, sondern schon im ausgehenden 19. Jahrhundert als Kritik an Industrialisierung und Moderne formuliert worden sei. Durch seine unscharfe Definition und Anschlussfähigkeit sei der Begriff insbesondere in der Zeit der Weimarer Republik zu einem der Schlüsselbegriffe des politischen Diskurses avanciert und sei von unterschiedlichen politischen Gruppierungen verwendet worden. Doch erst die Nationalsozialisten hätten mit ihrer Version von ‚Volksgemeinschaft‘ auf breiter Basis Erfolg gehabt. Dabei sei die Verheißung der NS-‚Volksgemeinschaft‘ – einer rassistisch, auf unbedingter Treue zum ‚Führer‘ aufgebauten Gesellschaft – Legitimation der NS-Herrschaft und ihrer Zwangsmaßnahmen gewesen. Allerdings hielt nicht allein der Zwang das Regime am Leben: Die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ in ihrer vagen Form bot den Gemeinschaftsmitgliedern zahlreiche Handlungsspielräume und Aufstiegsmöglichkeiten. Solche Chancen auf Teilhabe an der Macht wurden von vielen in Anspruch genommen, die sich dazu begeistert im Sinne des Nationalsozialismus einbrachten. Am Beispiel der Bremer Justiz zeigte Schoenmakers eindrücklich die Doppelbödigkeit der NS-‚Volksgemeinschaftsidee‘.

SABINE MECKINGs (DUISBURG) Vortrag definierte sich durch einen methodischen Rückgriff auf die regionale Vergleichsperspektive. Diese machte unterschiedliche Protestabläufe in den einzelnen Bundesländern in Bezug auf die Nutzung der Atomenergie sowie den Ausbau der Kernenergiever-

wendung sichtbar, veranschaulichte gleichzeitig jedoch auch die bundesweite Beachtung und die starke öffentliche Präsenz der Widerstandsvorgänge. Mecking, die ihren Fokus auf die staatlichen Reaktionen auf die regional differenziert zu betrachtenden Protesterscheinungen legte, verdeutlichte nicht nur die vorherrschende Atomskepsis auf der Mikroebene, sondern regte auch zur Reflexion über die Chancen und Grenzen demokratischer Protestkultur an. Das Obrigkeitsdenken sowie das Durchsetzungsrecht staatlicher Exekutivorgane, die hohe Gewaltdimension, die insbesondere Brokdorf prägte, sowie die Katalysierung der Proteste durch die Wirkmacht der Medien kamen dabei als Querschnittsthemen stetig zum Tragen. Soziale Bewegungen seien dabei nach Mecking als Methode zu begreifen, um den Rückhalt der protestpassiven Bevölkerung zu gewinnen. Der allgemeine gesellschaftliche Rückhalt der Kernenergienutzung sei in diesem Zusammenhang als der entscheidende Faktor zu begreifen, der Protestdynamik und -verlauf einschließlich der Gewaltkomponente beeinflussen und vorstrukturieren konnte.

MATTHIAS STEINBACH (Braunschweig) plädierte in dem letzten Vortrag zum Thema dafür, den nationalen Geschichtsmythos eines ‚Revolutionswochenendes in Berlin‘ aufzubrechen und um regionale Zugänge zu erweitern. Am Beispiel der südostniedersächsischen Betriebe Jägermeister und Volkswagen verdeutlichte Steinbach, dass insbesondere das westdeutsche Zonenrandgebiet im Sinne eines ‚Schauplatzes der deutschen Einheit‘ verstärkt berücksichtigt werden sollte. Darüber hinaus zeigte Steinbach das Potential multiperspektivischer Wahrnehmungen und konkurrierender Deutungen in Bezug auf die friedliche Revolution von 1989 auf. Mit zahlreichen Erfahrungsberichten dekonstruierte er die Vorstellung einer bundesrepublikanischen Bevölkerung, deren Rolle sich in der Zeit der Wiedervereinigung auf das passive Zuschauen beschränkte.

Die Tagung fand ihren abrundenden Schluss in einer Führung durch die Ausstellung „Es lebe die Republik – die frühen Weimarer Jahre in Wolfenbüttel.“ In der Summe konnten die Vorträge und Diskussionen die Vielgestaltigkeit der direkten

und indirekten Auswirkungen wie auch Entwicklungslinien der Revolutionen in Nordwestdeutschland zwischen 1830 und 1989 aufzeigen.

Konferenzübersicht:

Begrüßung durch die Stadt Wolfenbüttel und den Vorsitzenden der Historischen Kommission

Einführungsvortrag

Martin Sabrow (Potsdam): Revolutionen und gesellschaftliche Umbrüche in der Geschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert

I. Sektion

Jörg H. Lampe (Göttingen): Revolution als Ausnahme. Wendepunkte der politischen Geschichte in Nordwestdeutschland zwischen 1830 und 1848/49

Hans-Ulrich Ludwig (Braunschweig): Die Novemberrevolution in Nordwestdeutschland im Vergleich

Öffentlicher Abendvortrag

Brage Bei der Wieden (Wolfenbüttel): Wolfenbüttel vor der Revolution. Kohäsionskräfte einer Stadtgesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts

II. Sektion

Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover): „Extremismus der Mitte“? Aufstieg und Machtdurchsetzung der NSDAP in Niedersachsen

Christine Schoenmakers (Berlin): ‚Volksgemeinschaft‘ als gesellschaftliche Umwälzung? Zur Mobilisierungskraft einer sozialen Idee 1933-1945

III. Sektion

Sabine Mecking (Duisburg): Die Anti-Atomkraftbewegung als Herausforderung für den Staat. Die Proteste in Biblis, Brokdorf und Kalkar im Vergleich

Matthias Steinbach (Braunschweig): Die Wende und der Westen – regionale und nationale Perspektiven

Schlussdiskussion/Verabschiedung

Tagungsbericht *Revolutionen, Zäsuren und*

*gesellschaftliche Umwälzungen im 19. und
20. Jahrhundert in Nordwestdeutschland.*
01.06.2018–02.06.2018, Wolfenbüttel, in:
H-Soz-Kult 18.09.2018.